

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes - Sitz Köln am Rhein
Christlich-nationale Berufsgewerkschaft für Angehörige der graphischen und papierverarbeitenden Industrie

20. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 20 Pfennig
Bestellungen bei allen Postanstalten

Samstag, den 19. April 1924

Ercheint vierzehntägig Samstags
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 5

Zum Licht empor!

Der Auferstehungsglaube und der Sinn unserer Bewegung

In der christlichen Welt erschallt triumphierend das Oster-Melodien. Der Tod ist überwunden. Das Leben herrscht. So noch kurz vorher Finsternis war, da ist nun Licht. In majestätischer Pracht erstrahlt die Sonne und erwärmt alles, was kalt und starr geworden.

Dürfen auch wir mit einstimmen in das Melodien der Auferstehung? Ist uns Männern im Arbeitsrock mit den mannigfachen Sorgen und Nöten dieser Zeit der Ostermorgen trotz alledem noch etwas, was uns hinaushebt über den Alltag und hinführt zu den Quellen reiner Harmonien?

Wer war gestorben und wer besiegte den Tod? Christus selbst, dessen irdisches Leben angefüllt war mit allen Bitterkeiten, allen Schmerzen und Leiden, die je ein Mensch getragen und erduldet. So ist er uns zum leuchtenden Vorbild geworden, so hat er uns ein Beispiel gegeben, daß wir einander tun sollen, wie er in seinem Leben getan hat. Muth und Hart, Ver-schlungen und freilich der Weg, den er wandelt, unablässig und mutig ist der Kampf gegen sich selbst und andere — zum Ende verbleibt ihm reichlicher Lohn. Sollte damit nicht unserer eigene Lebensweg gezeichnet sein und das Ziel, dem wir zutreiben?

Man hat vielfach angenommen, die Menschen würden, da sie sich den ganzen Tag von materiellen Dingen umgeben sehen, vollends im Materialismus ersticken. Die Welt würde damit abgetan sein. Die materialistische Weltanschauung hätte gesiegt. Es sind nicht einflusslose Kreise, die sich einem Zustand erheben.

Und doch ist das religiöse Sehnen jetzt so stark in die Erscheinung getreten wie gerade heute. Nicht nur in der christlichen Welt selbst macht sich das Streben nach Verinnerlichung, nach stärkerer Betonung christlicher Grundzüge bemerkbar. Es sind auch ungläubige, vor allem sozialistische Kreise, die wieder Fühlung suchen mit jener Lehre, die sich im Wandel der Zeiten als die allein heilbringende für die Menschheit erweisen hat.

Diese Erscheinungen zeigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir die Grundzüge des Christentums in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit stellen. Unsere Bewegung nennt sich christlich nicht bloß einer schönen Eigenschaft wegen, sondern aus der geschichtlichen Erkenntnis heraus, die auch dem Gegner beweist, daß alles Kultur- und Humanitätsstrebens Talmt bleibt, wenn es keine unerschütterbare Orientierungspunkte hat. Freilich, der Name tut's noch nicht. Es gibt so viele glänzende Namen, deren Träger aber charakter- und grundlos sind. Die geistlichen Grundzüge müssen wenigstens in den Anhängern unserer Bewegung lebendig und wirksam sein. Je mehr sie das sind, umso größer wird der auf andere Kreise ausgeübte Druck, auch im Wirtschaftsleben christlich zu handeln.

Der Auferstehungsglaube schließt die untrügliche Hoffnung auf den endlichen Sieg der Gerechtigkeit ein. Von dieser Hoffnung wird insbesondere auch unsere gewerkschaftliche Arbeit geleitet. Wäre es anders, dann hätten die meisten von uns vor den Widerständen und Anfechtungen kapituliert. Denn ist unsere Arbeit etwas anderes als ein fortwährender Kampf um die Verwirklichung des Gerechtigkeitsprinzips im Volksleben? Wir wissen, daß dieses Prinzip nur schrittweise durch-gesührt werden kann, daß jeder Fortschritt nur dann behauptet wird, wenn er organisch gewachsen ist. Kleintliche Seelen würden sich davor entmutigen lassen, würden schwankend und unsicher, da der Erfolg nicht gleich zu greifen ist. Wir aber lassen uns nicht entmutigen. Der langen Nacht wird doch ein lichter Tag folgen. Der Frühling löst den Winter ab.

Der Arbeiterschaft ist an sozialen Erregenschaften vielfach nichts in den Schoß gefallen. Was sie heute auf diesem Gebiete ihr eigen nennt, mußte in heiligen Antrieben zusammengetragen werden. Allerdings wird vieles als selbstverständlich angesehen, was in den ersten Anfängen heiß umstritten war. Man denke nur an das umfangreiche Gebiet der Arbeits- und Lohnregelung. Wie primitiv die ersten Versuche einer Regelung der Arbeitsverhältnisse waren, zeigen uns die Arbeitsordnungen verschiedener Betriebe in den 60er und 70er Jahren. Eine Arbeitszeit von 12 und mehr Stunden, die sich bis in den späten Abend ausdehnten, und jede Möglichkeit der gesellschaftlichen Persönlichkeitsentfaltung ausgeschlossen, waren die Regel. Seiner Familie war der Arbeiter nichts. Niemand hatte er noch Zeit, über sich selbst nachzudenken. Die Tage entschwanden im ewigen Einerlei, denn die Teilnahme an den Kulturgütern war nur das Privileg besonderer Klassen. Höflichkeit war so selbstverständlich wie einst die Sklaverei. Und doch vermochten es diese Höflichen die Fesseln zu sprengen, wie 1813 die deutschen Bauern es verstanden, sich die Freiheit und Selbständigkeit zu erkämpfen. Diese sind ohne Zweifel weiter gehend als wir, denn sie wurden freier auf eigenem Grund und Boden, während die Arbeitnehmer nur zu einem etwas erträglicheren Verhältnis in ihrer alten Abhängigkeit kamen. Stappenweise wurde die tägliche Arbeitszeit verkürzt — immer gegen den Widerstand der Unternehmer, bis auf den heutigen Tag.

Wann so ging es auf dem Gebiete der Lohnregelung, obwohl hier die wirtschaftliche Entwicklung nicht ganz ausgeschaltet werden konnte. Auch in den besten Konjunkturen hat die Arbeiterschaft aus dem Vertrag ihrer Arbeit nie mehr herausziehen können als den unbedingt notwendigen Lebensbedarf. Und wenn es ihr wirklich durch günstige Umstände gelang, einen guten Fortschritt in der Lohnpolitik zu erzielen, so bestand dieser Fortschritt nur augenscheinlich, denn in Wirklichkeit hatten die inzwischen gestiegenen Preise den Erfolg vollkommen aufgehoben. Zu keiner Zeit ist uns dieser Zusammenhang zwischen Lohn- und Preispolitik so klar vor Augen getreten worden wie in den verflochtenen Monaten der Inflation.

Wir müssen uns ernstlich die Frage vorlegen, ob die Lohnpolitik ohne eine nachhaltige Beeinflussung der Preispolitik überhaupt noch in der bisherigen Weise weitergetrieben werden kann. Letzten Endes müßte der Arbeiterschaft alle Lohnverbesserungen nichts, wenn sie gleich durch Erhöhung der Preise absorbiert werden. Selbstverständlich kann diese Frage nur leidenschaftlos erörtert werden; ein Hinweis auf Dogmen und Theorien bringt die Sache nicht einen Schritt vorwärts.

Die Stellung des Arbeitnehmers zum Betrieb und zum Arbeitgeber und damit die Neuordnung des ganzen Arbeitsverhältnisses ist eine schwere, aber auch eine verheißungsvolle Zukunftsaufgabe der Organisationen. Man gebe sich doch nicht dem Glauben hin, als wäre in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Schaffung von Tarif- und Lohnverträgen das im Bereich der Möglichkeiten liegende Ziel schon erreicht. Das ist keineswegs der Fall. Im Gegenteil verlangt die Arbeiterschaft in ganz anderer Weise Mitverantwortung und Mithilfe in der Wirtschaft. Ein erster Vorstoß auf diesem Gebiete sind die Betriebsräte. Die Entwicklung kann und darf nicht hierbei stehen bleiben. Wir müssen sie in unserem Sinne beeinflussen. Die Wirtschaft darf nicht Herr über uns sein, sondern unser Diener, nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Von dieser Grundlage müssen wir ausgehen, wenn wir den Weg

für eine Mitverantwortung und Mithilfe schaffen wollen.

So betrachtet — und diese Betrachtung ist jeweils eine Zurückbestimmung auf unsere eigentlichen Aufgaben sind die Gewerkschaften das einzige Mittel, um den Grundgedanken der christlichen Lehre im Wirtschaftsleben Geltung zu verschaffen. Man könnte dabei gleich mit dem Einwand kommen, es sei ein Zeichen der Ueberheblichkeit, wenn allein die Arbeitnehmer die Gebote des Christentums für sich reklamieren. Wir hätten auch Arbeitgeber, die das Recht für sich beanspruchten, stets christlich gehandelt zu haben und zu handeln. Zweifellos gibt es solche Arbeitgeber. Sie stehen aber vereinzelt und ihr Einfluß ist so gering, daß die Politik der Arbeitgeberverbände ihrer christlichen Ueberzeugung geradezu Hohn spricht. Ueberhaupt ist diese Erscheinung für unser ganzes öffentliches Leben typisch: die wenigen Einsichtsvollen verbinden sich in der Regel kaum oder aber nur sehr unvollkommen durchzusetzen.

Darum dürfen wir nie erlahmen, das Weltgewissen, das Gewissen der Arbeitgeber zur Befolgung und Respektierung christlicher Sittengesetze im Wirtschaftsleben zu schärfen. Wirtschaft und Kultur, Wirtschaft und Sitte, Wirtschaft und Politik bilden eine Weisenseinheit. Sind an irgendeiner dieser Stellen offenbare Missetände, dann besteht die Gefahr der Zerlegung auf allen Gebieten. Um das zu erkennen, braucht man nur das Buch der Geschichte aufzuschlagen.

Die Arbeiterschaft strebt zum Licht. Diejenigen, die mächtiger sind, mißgönnen es ihr. Auf die Dauer werden sie sich nicht behaupten können, so festgefüßt ihre vermeintliche Macht heute auch aussehen mag. Das Recht kann gedrückt und verkümmert werden; es setzt sich trotzdem durch. Und nichts anderes verlangen wir als Gerechtigkeit für alle, Gerechtigkeit vor allem für die Ärmsten.

Manches ist heute wider uns. Die wirtschaftliche Not bedrückt alle, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen. Fortschritte sind im Augenblick kaum zu erzielen. Es gilt, laugsam Terrain zu gewinnen. Dazu gehört Mut und dazu gehört Hoffnung.

Wir müssen und wollen diese Hoffnung haben. Und mit neuer Begeisterung wollen wir für unsere Ideale an die Arbeit gehen. Zum Licht empor!

Müssen wir Politik treiben?

Ein großer Teil der Bestrebungen der Menschen auf den verschiedensten Gebieten wird auf dem Gebiete der Politik verwirklicht oder doch zu verwirklichen versucht. Politik und soziale Belange, Politik und Wirtschaft, Politik und Kultur, Politik und Weltanschauung durchdringen sich gegenseitig.

Durch diese, den Wahrscheinlichkeiten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften entnommene Sätze ist die in der Spitzmarke enthaltene Frage unabweisend beantwortet. Wir müssen Politik treiben um unserer selbst willen. Verlagen wir politisch, dann erfüllen wir als Gewerkschaftler unsere Pflicht nicht.

Es ist dringend notwendig, hierauf mit besonderem Nachdruck hinzuweisen, ehe die Nachteile offensichtlich werden, die wir durch unsere Gleichgültigkeit auf politischem Gebiete selbst heraufbeschwören. Immer und immer wieder sei es betont: die christlichen Gewerkschaften sind gegenüber gewissen Parteien, nicht aber gegenüber der Politik neutral. Das können sie nicht, wenn sie Einfluß gewinnen und besitzen wollen. Wir rufen deshalb unsere Freunde zu politischer Aktivität auf, nicht aus reiner Freude am politischen Kampf, sondern aus bitterer Notwendigkeit.

Die viel zu weitgehende Parteizersplitterung und die dadurch unmögliche Steigerung in unserer politischen Entwicklung haben dazu geführt, daß weite Kreise unseres Volkes heute verärgert sind. Die Folgewirkung ist leider ein weiteres Abdrücken größerer Massen nach den Extremen, links zu den Kommunisten, rechts zu

den Böllischen. Beide Richtungen nehmen den Mund sehr voll, beide werden die Massen aber genau so enttäuschen wie die Sozialdemokratie, die sich früher in einer ähnlichen Rolle befand.

Man ist unzufrieden und — wer hätte nicht Ursache, sich zu beklagen? Nur wenige — weiß Schieber und sonstige aufbauende Elemente haben sich bei unsern zerrütteten Verhältnissen wohl fühlen können. Man sucht Schuldige für diese Zustände und verläßt dabei unter anderem vielfach auch auf die eigene politische Partei und deren Führer — die wirkliche Ursache unserer Not wird nicht erkannt oder man will sie nicht erkennen. Wir befinden uns zudem gegenwärtig in einem Sanierungsprozeß, der mit einer schweren Operation zu vergleichen ist, wobei, um das Leben der Nation zu retten, vor schmerzhaften Eingriffen nicht Halt gemacht werden konnte. Daß diese Härten, die dieser Gesundungsprozeß bedauerlicherweise mit sich bringt, bitter empfunden werden, ist durchaus erklärlich. Es trägt sich nur, ob eine Gesundung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse überhaupt ohne Härten zu erreichen gewesen wäre. Andererseits ist es charakteristisch für deutsche Verhältnisse, daß allseitig als notwendig anerkannte Maßnahmen vielfach in geradezu demagogischer Art und Weise für die Parteitagitation ausgenutzt werden. Bei der unzureichenden politischen Schulung weiler Volksschichten, bei dem Mangel an politischem Verantwortungsbewußtsein ist es durchaus erklärlich, daß Demagogen, politische Wirrköpfe, Ideologen und sogar Schwadroniere in unserm Partei-getriebe eine erhebliche Rolle spielen können. Wer am lautesten Spektakel macht, am meisten und stärksten kritisiert und am meisten verspricht, der findet auch sein Publikum. An die Folgen einer derartigen Handlungsweise denken leider viel zu wenige, und noch kleiner ist die Zahl derer, die Mut aufbringen, offen zu sagen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Wie oft haben sich aus diesen Zusammenhängen heraus in den letzten Jahren bereits bittere Enttäuschungen für weite Volksteile ergeben, und es ist wirklich an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob das Spiel so weitergehen soll.

Mit welchem Hallo sind manche Regierungsmänner in den letzten Jahren bei ihrem Erscheinen begrüßt worden, und wie hat man sie gestirmt, als sie am Mikser standen und schließlich wieder abtreten mußten! Wenn demnach neue Männer auf der Widschade erscheinen sollten — mögen sie herkommen, wo sie wollen —, wenn die Einstellung unseres Volkes sich nicht ändert, so wird es ihnen genau so ergehen. Wie vollkommen verkehrt und verkehrt die Dinge bei uns laufen, ist wohl am deutlichsten daraus zu erkennen, daß in der sozialdemokratischen Partei neuerdings anscheinend der linke Flügel wesentlich an Einfluß zu gewinnen scheint. Das Versagen der sozialistischen Bewegung ist aber, abgesehen von der grundsätzlichen falschen Einstellung zu wichtigen Fragen, gerade darauf zurückzuführen, daß einsichtige sozialdemokratische Führer in den letzten Jahren gerade durch die Rücksichtnahme auf Stimmungen und Strömungen der Straße daran gehindert wurden, zu tun, was notwendig gewesen wäre. Unser Volk muß endlich klar erkennen, daß wir durch den verlorenen Krieg in unsern

politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen vor Tatsachen gestellt sind, die von keiner Partei, von keiner Regierung und keinem Staatsmann von heute auf morgen beseitigt oder zumindest unseres Volkes abgeändert werden können! In diesen tief in unser Volkstieben eingreifenden Fragen sprechen auswärtige Mächte ein entscheidendes Wort mit, und nur eine behändige, von großen Gesichtspunkten geleitete und konsequente Politik kann uns Erleichterungen verschaffen und schließlich zur Befreiung führen. Daß eine solche Politik Opfer erfordert, ist selbstverständlich, und dieselben gerecht zu verteilen eine sehr wichtige innerpolitische Angelegenheit.

Was ergibt sich hieraus für unsere politische Einstellung? Christliche Gewerkschafter können sich nur zu solchen Parteien bekennen, die grundsätzlich auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehen und jederzeit bereit sind, die Grundsätze des Christentums im öffentlichen Leben anzuerkennen und nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen. Christentum und nationale Gesinnung sind unteilbare Dinge. Der nationale Gedanke verleiht sich nach unserer Auffassung in Opferbereitschaft und Liebe zu Volk und Vaterland, ohne dabei die Rücksichtnahme auf die Interessen anderer Völker nach dem Grundgesetz der Gerechtigkeit vernachlässigen zu lassen. Nur solche Parteien können auf unsere Mitarbeit rechnen, die diese Voraussetzungen erfüllen. Ferner ist erforderlich eine soziale Grundeinstellung, die den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft weitgehend Rechnung trägt. Weiter wird gefordert die Ausgestaltung unseres staatlichen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens im Sinne einer deutscher Eigenart angepaßten Demokratie. Mit schmerzlicher Nachahmung ausländischer Formen ist uns nicht gedient. Im Rahmen dieser vier Eckpfeiler, christlich, national, sozial und demokratisch, erstrebt die christliche Arbeiterschaft die Zusammenfassung aller positiven staatsverhaltenden und aufbauenden Kräfte.

Die von der christlichen Arbeiterbewegung erfassten Mitglieder haben sich bisher in der Hauptfrage auf drei Parteien: Zentrumspartei, deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei, verteilt. Kein Mensch wird zu behaupten wollen, daß es in diesen Parteien immer nach unsern Wünschen ging. Gar oft mußten wir Kritik üben. Das wird auch in Zukunft so bleiben, denn die Parteien werden immer nur das bieten, was die Wähler aus ihnen machen. Bei dieser Beeinflussung der Weisensart unserer uns nahe stehender Parteien darf und soll aber die christlich-nationale Arbeiterschaft nicht an letzter Stelle stehen. Zu lange schon stand sie dem politischen Geschehen fernab, jedenfalls nicht so nahe, wie es wünschenswert war.

Anzeichen der wirtschaftlichen Besserung

In seiner Reichstagsrede vom 26. Februar hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns festgestellt, daß in den letzten Jahren kein anderes Volk, auch nicht das hochindustrielle England eine Arbeitslosigkeit von ähn-

lichem Ausmaße aufzuweisen hatte, wie das deutsche Volk in der Gegenwart. Vergleicht man die Arbeitslosigkeitsziffern der europäischen Länder, so findet man, daß in der Tat selbst in England, das unter der Beförderung der kontinentalen Wirtschaft durch die französische Politik mit am Schwersten zu leiden hatte, nie mehr als 23,1 Prozent der Gesamtbevölkerung arbeitslos waren (Juni 1921) und daß die Prozentzahl dieser arbeitslosen Mitglieder im Laufe der letzten drei Jahre nur in zwei Monaten (Mai und Juni 1923, über 20 hinausgegangen ist, während nach der Angabe der Fachverbände in Deutschland im Dezember 1923 nur 30 Prozent vollbeschäftigt, 23 Prozent dagegen vollbeschäftigt waren und 47 Prozent kurz- oder langzeitarbeitslos waren. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen und Kurzarbeiter wurde vom Reichsarbeitsminister für den Höhepunkt der Wirtschaftskrise auf rund 5 Millionen angegeben. Bei 20-22 Millionen erwerbstätiger Arbeitnehmer in Deutschen Reich ist das annähernd der vierte Teil.

Zeigen sich heute schon Anzeichen einer Besserung? Bei der Antwort wird man die Arbeitsverhältnisse in jenen Gewerben, die dem unmittelbaren Konsum des inländischen Bedarfs dienen, von den Arbeitsverhältnissen in der Exportindustrie scharf unterscheiden müssen. Während im Bekleidungs-, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe sich eine unverkennbare Besserung der Konjunktur infolge der Währungsstabilisierung und einer bis etwa Mitte Februar ununterbrochen anhaltenden Preissteigerung zeigt, leidet die Produktion der für die Ausfuhr arbeitenden Betriebe unter der Kreditknappheit und unter dem hieraus folgenden gewichtigsten Wertungsfaktor, der Höhe des Zinsfußes, sehr. Während der Reichsbankdiskont zurzeit 10 Prozent beträgt, beträgt der Diskontsatz der Bank von England nur 4 Prozent. Hohe Frachten, Steuern, soziale und andere Lasten kommen noch hinzu.

Democh ist namentlich die Zahl der Kurzarbeiter dauernd zurückgegangen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug im Januar 29,9 Proz. (im Vormonat 42 Proz.). Die Zahl der unterstützten Voll-erwerbstätigen belief sich am 15. Januar auf 1.582.852, am 1. Februar auf 1.430.838, am 15. Februar betrug sie nurmehr 1.303.270 Personen. Auch die Arbeitsnachweisstatistik läßt eine Besserung vor allem des Stellenangebots erkennen. Die Zahl der offenen Stellen hob sich von 274.127 im Dezember auf 387.007 im Januar, d. h. um 41 Prozent, und ähnlich die Zahl der Vermittlungen von 225.014 im Dezember auf 324.140 im Januar, d. h. um 41 Prozent. Bei Trennung beider Geschlechter kamen auf dem Arbeitsmarkt für männliche Arbeitskräfte je 871 (im Vormonat 1292) Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen, auf dem für Frauen 301 (im Vormonat 495). Von je 100 Arbeitsgesuchen führten rund 14 (im Vormonat rund 9) zu einer Vermittlung. Während wir auf dem Höhepunkt der Krise 1,8 Millionen Kurzarbeiter allein in unbesetzten Deutschland hatten, ist deren Zahl heute auf 300.000 zurückgegangen.

Wenden diese Symptome der Besserung unserer Wirtschaftslage anhalten, und welche Voraussetzungen müßten hierfür gegeben sein?

Wissen und Können

Offen

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche
Durch des Frühling's holden, belebenden Bild,
Im Tale grünet Hoffnungsglück:
Der alte Winter, in seiner Schwäche,
Sog sich in rauhe Bege zurück

Aus dem kalten, künftigen Lox
Dringt ein buntes Gewimmel hervor.
Leber kommt sich heute so gern
Sie feiern die Auferstehung des Herrn,
Denn sie sind selber auferstanden,
Aus niedriger Häuler dampfen Gemäthen,
Aus Handwerks- und Gewerbesbanden,
Aus dem Druel von Weibern und Töchtern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Kirchen ehrentüchtiger Raat,
Sind sie alle ans Licht gebracht.

Aus Goethes „Faust“ I. Teil.

Ins Leben hinein!

Wieder haben sich die Tore aufgetan zu dem
Welt, wo es knospet und spriecht und grünt. Leben
eingesum. Leben und Hoffnung. Den Alten wird das
Herz wieder jung und den Jungen quillt es über
von schäumender Lebenslust. Randes ist Wirklichkeit,
niles ist Schein. Denn nur wenige Parteitöbden
gibt es. Die wortaus größte Zahl ist nur roh behohet,
ungenützet.

Darauf werden in diesen Wochen wieder viele junge
Menschen den ersten Bewerbdienst unternehmen. Sie
kommen gerade vom Schulhof, ausgerüstet mit einem
mehr oder weniger glänzigen Zeugnis über Leistungen
und Führung, Herz und Sinne angefüllt von einer
noch ungetrübten, rein kindlichen Vorstellungswelt über
den Zweck des Erdenbestehens. Nun werden die jungen
Menschen zum erstenmal mit dem rauen Alltags-
leben in nähere Berührung gebracht, mit dem Leben,

das sich da abspielt in der Werkstatt oder Schreib-
stube, in den großen Fabriksälen oder dem Bergwerk.
Sofort, mindestens aber recht bald, werden sie heraus-
finden, daß dieses Dasein denn doch ein ganz anderes
ist als jene Welt, die ihnen bislang im Traum vor-
schwebte. Der Traum ist aus, die Schleier fallen.

Als jugendlicher Arbeiter wird der eine seinen
Aufstieg beginnen, als Lehrling der andere. Aufstieg?
O, daß dieser Anfang doch für jeden ein Aufstieg
wäre! Gewiß hat das Leben harten und scharfe
Ecken, es stürmt und regnet, aber es scheint auch hin
und wieder die Sonne, die da erwärmt und belebt,
was erkaltet und müde war. Hätten wir alle nur
etwas mehr Sonne im Herzen, dann wäre das Dasein
nicht so schwer und alles ließe sich leichter ertragen.

Wie sich die jungen Menschen entwickeln, welches
Verhältnis sie zu ihrer Alltagsarbeit finden, das hängt
neben den Erziehungsgrundlagen, die sie im Eltern-
haus und in der Schule erhalten haben, nicht in
letzter Linie fortan auch von ihrer Umgebung ab.
Sage mir, mit wem du umgehst, dann will ich dir
sagen, wer und wie du bist! Es ist leider ein
äußerst betrübliches Zeichen, daß der ersten Vorbedin-
gung in unserer ganzen Erziehung, nämlich dem
guten Beispiel, so wenig Gewicht beigemessen
wird. Und doch hängt alles von dem guten Beispiel
ab. Sehen wir uns im Leben ein wenig um: sofort
werden wir erkennen, daß böse Beispiele gute Sitten
verderben, gute Beispiele dagegen, schlechte Sitten
ausrotten. Aber das gute Beispiel muß vorgelebt
werden. Ein Verhängnis für unser Geschlecht ist, daß
ihm alles Schöne, und Gute und Wahre vorgebetet
wird nach dem Motto: Höret auf meine Worte, sehet
nicht auf meine Taten!

Erziehung nach diesen Grundbägen führt bestimmt
in die Irre. Wer mir z. B. in einem ausgezeichneten
überzeugungsreichen Vortrage die Schädlichkeit und
verderblichen Folgen des Alkoholgenusses nachweist,
eine halbe Stunde später aber selbst diesem Laster
fröhlich, der ist für mich ein innerlich unwahrscheinlicher,
ein charakterloser Mensch. Für einen solchen Menschen
kann man nur tiefste Verachtung haben, denn er

täuscht uns, das sieht die Umgebung sehr bald. Und
jemand, der sich auf ein solches Täuschungsmanöver
verlegt, jemand, der glaubt, seine Worte könnten im
traffigen Widerspruch zu seinen Handlungen stehen, der
hat als Charakter, und damit als Erzieher, aber auch
als Autoritätsperson vollkommen versagt. Die Auf-
wendung und Anwendung aller ihm zu Gebote stehen-
den sonstigen Nachbegriffe können nichts daran
ändern, der Scharten ist einmal da.

Wie ernst, wie überaus ernst ist daher die Ver-
antwortung, welche alle tragen, die Erziehungs-
aufgaben zu erfüllen haben. Fast scheint es so, als wären
nur die Wenigsten der Verantwortlichen von dem
Ernst ihrer Aufgaben durchdrungen. Gewiß beginnt
die Erziehung des jungen Menschen im Elternhaus
und in der Schule. Aber wenn sie nicht in verlässlicher
Weise weitergeführt wird, von den verantwortlichen
Mitarbeitern und Vorgesetzten am täglichen Arbeits-
platz durch das gute Beispiel, dann müssen auch die
besten Kräfte erkalten, die in der frühesten Jugend
gelegt wurden. Sieht die Jugend kein gutes Beispiel
mehr, kennt sie keine Mitarbeiter und Vorgesetzten mit
einem festen Charakter und einem einwandfreien, tabel-
lären Lebenswandel, hat sie keine Vorbilder mehr,
wonach sie ihren Lebensplan aufgestalten kann, dann
nutzen Worte nichts. Die Tat entscheidet.

Unsere Jugend, die ins Leben hineingehet mit
großen Hoffnungen und Plänen, will nichts anderes
als Taten sehen. Bei jedem Anzeichen von uns will
sie diese vorbildlichen Taten sehen.

Wohl uns, wenn Theorie und Praxis harmonisieren.
Nur der wahrhafte Mensch wird auf die Dauer jenen
Eindruck ausüben, der überzeugend wirkt. Die Achtung
des Gegners wird ihm nicht verjagt bleiben.
Lassen wir uns über Verantwortlichkeiten nicht hinweg-
täuschen. Wir stehen alle mehr oder minder in der
Verantwortung, bloße Scheinfiguren zu werden. Und wir
sollten doch Tatsachen sein, die nicht bloß mannschaft,
treu und wahr denken und leben, sondern ebenso han-
deln. Das verlangt die Jugend. Und wer ihr mit
dem guten Beispiel vorangeht, der ist ihr erfolgreichster
Erzieher.

Zunächst muß damit gerechnet werden, daß sich die Arbeitslosigkeit in einzelnen Gewerben noch zeitweilig verschlechtern wird. So etwa im Handels- und Gewerbe, wo die „Inflationsskonjunktur“ zu einer Unzahl von Neugründungen mehr oder weniger unproduktiver Art geführt hat. — Gründungen, die unter der Devisen- kleiner Umlauf, großer Nutzen infolge der Befreiung der freien Konkurrenz durch die Valutamanern und der hieraus folgenden Warenknappheit auch dann florieren, wenn ihre Funktion keine volkswirtschaftlich nützliche war. Diese überflüssigen Zwischenhandelsbetriebe gehen jetzt wieder ein. Ihnen reißen sich manche Neugründungen im Kunstgewerbe an. Auch der Personalabbau in den Behörden wird dem Arbeitsmarkt noch zahlreiche arbeitslos werdende Beamte, Angestellte oder Arbeiter zuführen und mit ihnen einen Teil ihrer Angehörigen.

In den übrigen Gewerben aber kann mit einer fortschreitenden Besserung gerechnet werden, wenn die Währungs- und die Marktunsicherheit bleibt. Diese Stabilität ist die unentbehrliche Voraussetzung ebenfalls für den Aufbau und Ausbau weiterer staatlicher Hilfsmaßnahmen, wie für die Gewährung der Produktionsverbände in der Privatwirtschaft. Denn sie erst schafft die Möglichkeit, die Preis- und Lohninflation auf eine sichere Grundlage zu stellen. Sie auch bildet für das in Eisen und Devisen oder ins Ausland geführte Kapital den Anreiz, sich als Anlage- oder Sparcapital der deutschen Wirtschaft wieder zur Verfügung zu stellen.

Auch darf aus der Erfahrungstatsache, daß jeder erwerbslos werdende mit dem Auscheiden seiner Kaufkraft auch andere erwerbslos macht, umgekehrt gefolgert werden, daß jede neu eingestellte Arbeitskraft die Zuarbeitnahme weiterer Arbeitskräfte nach sich zieht. Und eine allmähliche Wiederbelebung des Arbeitsmarktes findet heute schon statt. So wenig also von einer grundlegenden Besserung unserer Wirtschaftslage gesprochen werden kann, — sie ist nur von einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zu erwarten. —, so sehr zeigt sich im Rahmen des Möglichen doch heute schon, daß die deutsche Wirtschaft ihre Genesungskurve zweifellos überwinden wird, — vorausgesetzt, daß ihr die Basis zur Sanierung, die wertbeisändige Währung, erhalten bleibt. Hier ist der Ausgangspunkt unserer wirtschaftlichen Wendung zu suchen.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Verbindlichkeitsklärung von Schieds-urteilen. Der Artikel 1 § 4 der Schlichtungsordnung läßt im Hinblick auf das bisherige Zivilrecht die Verbindlichkeitsklärung nicht an genommener Schiedsprüche zu. Diese in letzter Zeit heftig angegriffene Einrichtung stellt nach einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Schlichter eine Ausnahme von dem Grundsatz der Vertragsfreiheit dar, der im übrigen auch für das Gebiet der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen gilt. Grundsätzlich ist es Sache der Beteiligten, die Arbeitsbedingungen selbständig unter eigener Verantwortung zu regeln. Hierbei haben ihnen die von ihnen selbstgeschaffenen oder vom Staate zur Verfügung gestellten Schlichtungs-einrichtungen Hilfe zu leisten. Nur wo trotz dieser Vermittlung keine Verständigung zustande kommt und das Aufeinanderprallen der Gegensätze Gefahren für die Allgemeinheit heraufbeschwört, hat der Staat das Recht und die Pflicht, diese Gefahren durch zwingendes Eingreifen in die Selbstbestimmung der am Streite Beteiligten abzumildern. Die Verbindlichkeitsklärung dient also nicht so sehr der Durchsetzung der einen oder anderen Seite, als vielmehr der Abwendung drohender wirtschaftlicher oder sozialpolitischer Schäden von der Allgemeinheit. Diese grundsätzlichen Erwägungen sind Voraussetzung für eine Verbindlichkeitsklärung.

Die Besatzungslasten. Seit Jahren kämpft die deutsche Regierung einen Kampf um die Wägung der Besatzungslasten. Die Höhe der Ausgaben, die Deutschland für die fremde Besatzung zu tragen hat, ist allmählich ins Ungeheure angewachsen. Heute, wo der ganze Etat des Reiches und der Länder wieder auf Wohlstand zurückgeführt und durch das Aufheben der Inflation restlos Maribel über die Gesamtsumme und über die Höhe der Einzelausgaben geschaffen ist, sieht man noch deutlicher als bisher, wieviel unproduktive Ausgaben auf dem deutschen Staatshaushalt lasten. Es betragen die inneren Besatzungslasten bis Ende 1923 1 329 743 020 GM , die äußeren Besatzungslasten bis Ende 1923 3 784 359 395 GM . Von diesen äußeren Besatzungslasten mußten vom Waffenstillstand bis Ende 1922 3 520 359 395 GM und im Kalenderjahr 1923 schätzungsweise 264 Goldmillionen Mark aufgebracht werden. Diese sogenannten äußeren Besatzungslasten sind diejenigen, mit denen Deutschland auf Reparationskonto belastet wird. Aus der dritten Devisenliste des Reichsfinanzministeriums über die Besatzungslasten ergeben sich nähere Einzelheiten über die von Deutschland zu bewirkenden Zahlungen. Diese Einzelheiten zeigen ein erschreckendes Bild über die Anforderungen der Alliierten an die deutsche Reichs-kasse. Da ist zunächst wichtig und interessant, daß die Höhe der an die Besatzungsmächte gezahlten Mark-warschüsse zurzeit monatlich rund 7 Millionen Gold-mark beträgt. Ein Verwendungsnachweis für die ge-

zahlten Markbeträge wird von dem Empfänger nicht geliefert, sondern Deutschland lediglich eine Mittel-rechnung über die entsprechende Guthaben auf Reparations-konto gemacht. Ganz ungeheuer sind die Anforderungen für militärische Anlagen, Banten, Kasernen, Flugplätze, Schießplätze und Sportplätze. Die Auf-wendungen für diese Anlagen und Banten belaufen sich seit dem 1. Oktober 1923 für das altbesetzte Gebiet auf rund 29 Millionen Goldmark, für das neubesetzte Gebiet auf 21 219 GM . Die Besatzung des Reichshaushalts durch die Ausgaben zur Ausfüh-rung des Friedensvertrages wird für das neue Staats-jahr insgesamt auf 640 Millionen Goldmark geschätzt, darunter allein für Besatzungslasten 360 Millionen Goldmark. Diese 640 Millionen stellen den vierten Teil des gesamten preussischen Etats dar, der sich auf 2300 Millionen Goldmark beläuft. Demgegen-über betragen Deutschlands Gesamtansgaben für Heer und Marine nur 450 Millionen Goldmark. Diese Zahlen sprechen für sich.

Auswanderungsmöglichkeiten. Die tiefen Ein-griffe des Versailler Friedensdiktats in das deutsche Wirtschafts- und Volksleben treiben allmonatlich Tau-sende deutscher Volksgenossen ins Ausland. Nicht selten werden sie dort die Opfer ausbeuterischer Agen-ten. Um diesen das Handwerk zu legen und darüber hinaus den deutschen Kolonisten eine auskömmliche Existenz im Auslande zu verschaffen, haben sich in Argentinien in der deutschen Kulturarbeit stehende, angesehenen Persönlichkeiten nach hier begeben, um eine Gesellschaft zu gründen, die diese Aufgaben beherzt angeht. Durch ein Abkommen mit argentinischen Großgrundbesitzern stehen zur Befriedung zunächst

Bis zum 25. April

müssen die „Graphischen Stimmen“ bei dem zuständigen Postamt bestellt sein. Wenn später bestellt wird, werden besondere Gebühren erhoben. Unsere Zeitung ist nunmehr unter dem Postverlagsort „Berlin“ eingetragen. Man bestelle also: Graphische Stimmen, Berlin.

20 000 Hektar (je 100 mal 100 m) bebauen, mit Luzerne bestellten Landes in der ebenso fruchtbaren wie klimatisch sehr günstigen Provinz Mendoza zur Verfügung. Diese Ländereien können von deutschen Ansiedlern mit geringem Kapital als Eigentum erworben werden und bieten die denkbar günstigste Aus-sicht für die Zukunft. In Anbetracht des hochaktuel-len und überaus nationalen Problems der Aus-wanderung ist die Bildung der Allgemeinen Deut-schen Ansiedlungs-Gesellschaft (A.D.A.G.) in die Wege geleitet. Selbstverständlich will die Gesellschaft trotz ihres günstigen Angebotes niemanden zur Auswande-rung anregen, der in der Heimat seine Existenz und sein Fortkommen hat; es soll vielmehr nur denen geholfen werden, die infolge der Not des Vaterlandes sich zur Auswanderung genötigt sehen. Diesen in geschlossenen deutschen Siedlungen eine neue Heimat zu bereiten, ist der Hauptzweck der Gesellschaft, die selbstverständlich für die Erhaltung deutscher Art und deutschen Wesens in den Kolonien ganz besonders sorgen wird. Auch aus diesem Grunde können für die Auswanderung nur Familien in Frage kommen, die neben landwirtschaftlicher Betätigung — besonders Kenntnisse werden nicht verlangt, da jeder drüben erst lernen muß — vor allem gute Referenzen aufzuweisen haben, die sie als deutsche Kolonisten geeignet erscheinen lassen. Was die Zahl der Auswandererfamilien be-trifft, so ist sie vorläufig in dem Sinne beschränkt, als monatlich nur 50 bis 100 Familien gemeinsam die Uferfahrt antreten können. Da jetzt die günstigste Zeit für die Kolonisation beginnt, soll der erste Trans-port, wenn möglich, noch im Monat Mai stattfinden. Im übrigen sei auf den Prospekt verwiesen, der über alle Fragen genügende Aufklärung verschafft und gegen Einsendung von einer Mark vom Büro des Reichs-tagsgesabgeordneten Otto Thiel, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, bezogen werden kann. Schriftliche Aufträge werden nur beantwortet, wenn 50 Pfennige zur Deckung der Unkosten beigefügt sind.

Aus dem Gewerbe

Lohnverhandlungen. Während in der letzten Nummer der „Graphischen Stimmen“ mitgeteilt werden konnte, daß für den April durch Verhandlungen eine Verständigung über die Lohnhöhe erzielt worden ist, war leider bei den übrigen Tarifen eine solche Verständigung nicht zu erreichen. Die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinder er-beitiger sind ergebnislos verlaufen, so daß das Arbeitsministerium um Vermittlung angerufen werden mußte. Dieses beramte für Freitag, den 11. April, Verhandlungen an. Hier wurde unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsgerichtsrats Dr. Königsberger ein Schiedspruch gefällt, der für die Zeit vom 3. April bis 14. Mai eine Erhöhung von 6 Pf. in der Spitze vorsieht, also einen Spitzenunterschied von 56 Pf. bringt. Der Akkorddivisor beträgt nach diesem Spruch: 8.

Ueber den Ausgang der Verhandlungen im Buch-druckgewerbe sind die Zahlstellen sofort unterrichtet worden. Es wurde für das Reich ein Spruch gefällt,

der für die Zeit vom 29. März bis 31. Mai einer Spitzenwochenlohn für Gehilfen von 30 M. vorsieht. Bezüglich des besetzten Gebietes wurde ein zweiter Spruch gefällt, der die Besatzungszulage für die Zeit vom 29. März bis 2. Mai auf 10 Prozent, und vom 3.-31. Mai auf 5 Prozent des Tariflohnes festsetzt. Da eine Rückfrage bei der Haupttarifung in Köln nicht möglich war, schloß sich der Tarifvertrager der Ziel-nahme des Guttenberg-Bundes an. Der Spruch bezüglich der Besatzungszulage wurde abgelehnt, weil er den Erfordernissen nicht entspricht; den Spruch, soweit er das Reich betrifft, nahmen wir, im Gegen-satz zu den freien Gewerkschaften, an. Diese Annahme ist nach sorgfältiger Überlegung aller in Betracht kommenden Umstände getroffen. Auch nach der neuen Regelung entsprechen die Löhne unseren Wünschen nicht. Wir glauben aber nicht, daß sich ein größerer Sprung für die Allgemeinheit im gegen-wärtigen Augenblick machen läßt. In einer ganzen Reihe von Betrieben ist es möglich, durch Verhandlungen Betriebs- bzw. Leistungszulagen zu erlangen. Das ist vielfach schon geschehen und unsere Betriebsräte und Vertrauensleute sollen nach dieser Richtung hin weiterarbeiten. In vielen anderen Betrieben liegen aber die Verhältnisse noch nicht so günstig, daß unter Anwendung von Druck, und das hätte die Ablehnung bedeutet, bessere Erfolge zu erzielen gewesen wären. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung konnte also nicht von der Konjunktur in einzelnen Druckereien abhängig gemacht werden, sondern mußte im Sin-nelich auf das ganze Reich erfolgen. Dann aber mußte die Entscheidung auch klar sein. Im November 1923 haben wir in Berlin erleben müssen, wohin inflationäre Karolen und der Mangel an Mut zu einer klaren Ent-scheidung, der sich damals in den freien Gewerkschaften zeigte, führten. Unter den Folgen des damaligen Berliner Kampfes hat besonders der Hilfsarbeitertarif bis heute zu leiden. Und das gleiche Risiko hätte sich diesmal bei einem Kampf eingestellt. Das zeigen deutlich die Vorgänge in einzelnen Orten, z. B. Erfurt, wo auf das Vorgehen in einzelnen Zeitungsbetrieben, die Prinzipale sofort mit der Ausprägung in den sämtlichen übrigen Druckereien geantwortet haben. Das ist der beste Beweis dafür, daß man sich durch die gute Beschäftigung in manchen Betrieben nicht täuschen lassen darf über die Stärkeverhältnisse im allgemeinen. Gerade um derartige Ausprägungen zu vermeiden, erfolgte bei uns die Annahme des Spruches unter der Voraussetzung, daß eine Abänderung der Lohngestaltung für Mai gegeben sein muß. Am 11. April fanden die entscheidenden Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung im Reichsarbeits-ministerium statt. Für den Monat April wurde der Schiedspruch in der ergangenen Form verbindlich erklärt, für den Monat Mai verstanden sich die Prinzipale zu einer Prozentigen Zulage, also zu einem Spitzenlohn von 31,50 M. Für die Hilfsarbeiter ergeben sich folgende Löhne vom 30. März bis einschließlich 3. Mai 1924.

Löhne der männlichen Hilfsarbeiter

Orts-kategorie	über 24 Jahre		21—24 Jahre		19—21 Jahre		17-19 Jahre
	Berb.	Lebzig	Berb.	Lebzig	Berb.	Lebzig	
0	19,20	17,28	16,20	14,58	14,40	12,96	10,80
2 1/2	19,88	17,71	16,61	14,94	14,76	13,28	11,07
5	20,16	18,14	17,01	15,81	15,12	13,61	11,84
7 1/2	20,64	18,58	17,42	15,67	15,48	13,98	11,61
10	21,12	19,01	17,82	16,04	15,84	14,26	11,88
12 1/2	21,60	19,44	18,23	16,40	16,20	14,58	12,15
15	22,08	19,87	18,63	16,77	16,56	14,90	12,42
17 1/2	22,56	20,30	19,04	17,13	16,92	15,28	12,69
20	23,04	20,74	19,44	17,50	17,28	15,56	12,96
22 1/2	23,52	21,17	19,85	17,86	17,64	15,88	13,28
25	24,00	21,60	20,25	18,23	18,00	16,20	13,50
1)	24,48	22,03	20,74	18,66	18,48	16,59	13,82
2)	24,96	22,49	21,17	19,05	18,82	16,98	14,11
3)	25,50	22,95	21,60	19,44	19,20	17,28	14,40

Löhne der Hilfsarbeiterinnen

Orts-kategorie	Anlegerinnen			Hilfsarbeiterinnen		
	über 21 J.	19—21 J.	17—19 J.	über 21 J.	19—21 J.	17—19 J.
0	11,88	10,69	9,49	9,72	8,75	7,78
2 1/2	12,18	10,96	9,74	9,96	8,97	7,97
5	12,47	11,28	9,98	10,21	9,19	8,16
7 1/2	12,77	11,49	10,22	10,45	9,40	8,36
10	13,07	11,76	10,45	10,69	9,62	8,55
12 1/2	13,37	12,08	10,69	10,94	9,84	8,75
15	13,66	12,30	10,93	11,18	10,06	8,94
17 1/2	13,96	12,66	11,17	11,42	10,28	9,14
20	14,26	12,84	11,40	11,66	10,50	9,38
22 1/2	14,55	13,10	11,64	11,91	10,72	9,58
25	14,85	13,37	11,88	12,15	10,94	9,72
1)	15,55	14,00	12,44	12,96	11,66	10,27
2)	15,88	14,29	12,70	13,23	11,97	10,58
3)	16,20	14,58	12,96	13,50	12,15	10,80

1) Hannover.
2) Dresden, München, Stuttgart.
3) Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig.

Die Besatzungszulage ist in der Verbindlichkeits-klärung für die Zeit vom 30. März bis einschl. 31. Mai auf 10 Prozent festgesetzt.

Auch für die **Montanindustrie** konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Wenn auch auf beiden Seiten der gute Wille gezeigt wurde, ohne das Eingreifen eines Dritten zu einer Einigung zu kommen, so war es doch nicht möglich eine befriedigende Grundlage für die Einigung zu finden. Auch hier muß also das Arbeitsministerium nachhelfen, das die Parteien für Montag, 11. April, zu sich beschiden hat. Da die vorliegende Nummer unserer Zeitung aber schon am Montag in Druck gegeben wird, gehen den Jahrgang über den Ausgang dieser Verhandlungen besondere Rundschreiben zu.

Gewerkschafts-Rundschau

Unsere Zeitung. Die „Graphischen Stimmen“ haben in ihrer neuen Aufmachung überall Beifall und Anklang gefunden. Auch der Arbeit der Redaktion hat man Anerkennung gezollt, ein Zeichen, daß die Verbindung mit der Redaktionsführung des Gutenberg-Bundes von Vorteil ist. Der Zentralvorstand nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der hoffnungsvollen Stimmung, die das Wiedererscheinen unserer Zeitung ausgelöst hat. Nun muß aber dafür gesorgt werden, daß jede Kollegin und jeder kollegiale Leser der Zeitung wird. In mancher Zahlstelle liegen die Dinge in dieser Beziehung noch sehr ungenügend. Wir hoffen, daß hierin mit Anfang nächsten Monats Aenderung eintritt. Das Beispiel der Zahlstelle Stuttgart beweist, wie man am zweckentsprechendsten den Bezug der Zeitung organisiert. Man wolle nicht versäumen, Bestellungen nach Möglichkeit bis zum 25. April anzuführen. Bemerkungen möchten wir noch, daß als Postverlagsort für die „Graphischen Stimmen“ nicht mehr Köln, sondern Berlin gilt. Diese Aenderung war nötig, um eine rechtzeitige Zustellung der Zeitung zu gewährleisten.

Freie Gewerkschaften und christliche Schule. Wie die angeblich „freien“ Gewerkschaften in Wirklichkeit Propaganda für die religionslose Schule betreiben, bezeichnen folgende Beispiele: 1. Die Verwaltungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranlaßt an ihre Funktionäre ein Rundschreiben, in dem es u. a. heißt: „In der Anlage zwei Scheine für die Abmeldung der Kinder aus dem Religionsunterricht“ usw. — 2. Das Kartell der freien Gewerkschaften in Freiburg in Schlesia läßt den Beschluß, „daß alle Mitglieder angehörender Organisationen, die ihre Kinder noch weiterhin in die konfessionelle Schule schicken, aus dem freien Gewerkschaften auszuschließen sind.“ — 3. Der Betriebsrat der Reichsbahn (Betriebsgewerkschaft) auf dem Bremer Bahnhof in Ostpreußen brachte einen Antrag folgenden Inhalts an: „Bekanntmachung! Wichtig! Eilt! Herr Lehrer Degenhardt, der sich mit dem Zustandekommen eines bekennnisfreien Religionsunterrichts befaßt, kommt zu uns mit der Bitte, ihm hierbei zu helfen. Wir treten deswegen an unsere Kollegen mit dem Ersuchen heran, sich, falls sie den bekennnisfreien Religionsunterricht für ihre Kinder wünschen, in eine beim Betriebsrat aufstehende Liste einzutragen. Schmidt, erster Vorsitzender.“ — Die Fälle könnten beliebig vermehrt werden. Sie genügen aber und beweisen, daß die freien Gewerkschaften und ihre Organe alles andere, nur nicht frei sind und bewußt darauf hinarbeiten, die konfessionelle Schule durch die konfessionslose Schule zu ersetzen. Das sollte Veranlassung genügend sein, für jeden christlichen Vater, aus der freien Gewerkschaft auszutreten und zu einem christlichen Berufsverband überzutreten.

Die Weltbüchigen. Wir sind von den Selben an strapelloser Darstellung und Agitation schon oft genug gewohnt. Insbesondere die letzten Nummern des „Berufsverbandes“ spritzten Gift und Galle gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die einzig dastehende Art, in der Geistes und sein Anhang Propaganda macht, ist schon des öfteren an Hand von Tatsachen von uns gekennzeichnet worden. Die „vaterländische“ Arbeiterbewegung gibt jetzt eine neue Wochenzeitung, betitelt „Deutsche Berggemeinschaft“ (Wochenzeitung der „vaterländischen“ Arbeiterbewegung „Großdeutschlands“ in Stadt und Land) heraus. Die zehn Seiten der ersten Nummer strotzen von Angriffen gegen die Gewerkschaftsbewegung, und etwa drei Viertel des ganzen Raumes sind der Bekämpfung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gewidmet. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Artikels zu all den Verdrehungen und Entstellungen Stellung zu nehmen. Wenn man diesen Sumpf, der sich in der einen Nummer aufstaut, auf einmal ausmischen wollte, würde man es vor Gestank nicht mehr aushalten können. Deshalb wird man diese unangenehme Arbeit nur nach und nach und schrittweise bejagen können. Wir wollen demnach für heute auch nur eine schamlose Lüge aus dem Inhalt der Nummer einer Beleuchtung unterziehen. Die „Deutsche Berggemeinschaft“ Nr. 1 schreibt u. a.: „In jener Sitzung vom 24. Dezember 1923 haben, von uns gestellt, die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zugeben müssen, daß sie a) Letz-

mehrere Duzende von Gewerkschaftssekretären nur deshalb für sich arbeiten lassen können, weil die Mittel dazu aus Untertaxenmerkzeilen fließen. Diese Gebler laufen über den Verein der katholischen Industriellen in M.-Gladbach, über den „Volkverein für das katholische Deutschland“ und über die „Evangelisch-soziale Schule“. (Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bejahen zwar die jesuitische Strömung, behaupten, solche Unterhaltungen seien anders zu bewerten, als wenn sie unsere vaterländische Arbeiterbewegung erlebten).“

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Am 24. Dezember v. J. fand zwischen Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes bzw. des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und Vertretern der vaterländischen Verbände und der Wirtschaftsfriedlichen eine Besprechung statt. Geister beschwerte sich in der erwähnten Besprechung darüber, daß ihm und der gelben Bewegung der Vorwurf gemacht würde, daß sie mit Unternehmern geflossen finanziert seien. Er ließ dann durchblicken, daß er diesbezügliches Material auch gegen die christlich-nationalen Gewerkschaften habe. Er wurde dann gleich von uns gestiftet und aufgefordert, sofort mit seinem Material herauszutreten. Geister wand sich dann und machte Andeutungen bezüglich der Nachbarbeiter in Verbindung mit der Evangelisch-sozialen Schule. Darauf wurde Geister auch gegen die christlich-nationalen Gewerkschaften gegeben: „Die Evangelisch-soziale Schule ist eine selbständige Institution, und die christlichen Gewerkschaften sind weder von der Evangelisch-sozialen Schule abhängig, noch die Evangelisch-soziale Schule von den christlichen Gewerkschaften. Wenn evangelische Christen Beiträge für die Evangelisch-soziale Schule zwecks Förderung der evangelischen Sache geben und die Schule aus den Geldmitteln Arbeitersekretäre, welche vollständig unabhängig von den christlichen Gewerkschaften bestehen, unterhält, dann sei das eine Sache, welche die Gewerkschaften verantwortlich nichts angeht. Diese Sache auf evangelischer Seite sei ähnlich zu bewerten wie die Anstellung von katholischen Volksvereinssekretären durch den Volksverein für das katholische Deutschland. Ein erheblicher Teil der katholischen Deutschlands (und zwar aus allen Ständen und Volksschichten) leiste Beiträge für den Volksverein für das katholische Deutschland, und letzterer unterhalte aus diesem Gelde u. a. ebenfalls Sekretariate. Wenn diese Sekretariate neben ihren sonstigen allgemeinen Aufgaben auch für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung eintreten, so sei das wiederum eine Sache, welche lediglich die betreffende Institution, nicht aber die christlichen Gewerkschaften als solche angeht.“ Das ist der klare Sachverhalt. Von einem „Verein der katholischen Industriellen in M.-Gladbach“ ist überhaupt keine Rede gewesen, und unseres Wissens existiert ein solcher Verein gar nicht.

Jeder, der die Verhältnisse in Wirklichkeit kennt, weiß, daß sie so, wie von uns angegeben, liegen und daß die von Geister und Genossen gegebene Darstellung unlogisch und unklar ist. Die „Deutsche Berggemeinschaft“ stellt die Dinge nun auf eine Stufe mit den Vorgängen innerhalb des gelben Lagers, wozu Gebler von Arbeitgebern fließen, um eine selbständige Arbeiterbewegung durch die Gelben zu bekämpfen. Wenn man das Geld bekommt zur Bekämpfung der eigenen Standesgenossen und zum materiellen Vorteil der Arbeitgeber, so ist das etwas ganz anderes, als wenn konfessionell aufgezogene Kulturorganisationen für ihre kulturellen Aufgaben Geld von ihren Glaubensgenossen, von allen Ständen und Volksschichten erhalten. Es ist, um mit den Worten der „Deutschen Berggemeinschaft“ zu reden, wirklich „schamlos“, wenn man die Dinge so lächerlich verdreht, wie es in dem vorliegenden Falle geschieht. Eine nette gelbsüchtige Gesellschaft!

Berichte aus unseren Zahlstellen

Bonn. Zu der Monatsversammlung am 6. April hatten sich die Mitglieder zahlreich eingefunden. Ein Gang machte der Vorsitzende Kolll. Michels Mitteilung über die neuen Tarife. Obwohl hier den Zuschüben durchgängig die Nachdruckverleumdung gezollt werden, fand die Besammlung auch diese Lüge zu niedrig, um einzugreifen den Lebensunterhalt zu betreiben. Der frühere Vorsitzende Kolll. Sacha referierte über die frühere und die jetzige Lage im Gewerbe und in der Gewerkschaft. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Unser Zahlstelle konnte in den letzten Tagen schon einen Zuwachs von Mitgliedern verzeichnen. Nach Möglichkeit soll jeder erste Mittwoch im Monat vorher Besammlung sein.

Köln. Die 3. Rheinische Literatur- und Buchwoche, die vom 6. Juni bis 15. Juli in den Kölnen Ausstellungen stattfinden veranlaßt wird, soll in verschiedenen Ausstellungen „Die Rheinische Landschaft als Motiv in Literatur und Musik“ veranschaulichen. Eine Zusammenstellung von Zeichnungen, Stichen, Aquarellen usw. wird die Rheinische Landschaft im Bilde zeigen. Der Uebergang zur Literatur wird durch eine Rheinische Bühnenjahrgang gebildet sein, in der das gesamte Material

des Rheinischen Theaterwesens zum ersten Male zusammengefaßt werden soll. Hierauf schließt sich eine systematische Buchausstellung, die alle Werke der Literatur (Dichtungen, Romane, Sagen, Legenden usw.) enthält, die sich auf die Rheinische Landschaft beziehen. Eine Verlegerausstellung, in der Werke ausgestellt werden, die Literatur und Kunst, Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Heimatkunde der Rheinlande betreffen und eine musikalische Ausstellung, werden angegliedert sein. Die Ausstellung der 3. Rheinischen Literatur- und Buchwoche befindet sich in Köln-Deutz, Ausstellungshallen, 2. Etage.

Stuttgart. Am 8. März fand unsere Generalversammlung im kath. Gesellschaftshaus statt. Der Vorsitzende, Kollegiale Geisler, erstattete Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahr. Kollegiale Lang gab den Massenbericht. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Geisler zum 1. Vorsitzenden, Hiller zum 2. Vorsitzenden, Lang zum Kassierer, Ott zum Schriftführer, zu stellvertretenden, die Kollegen Reuschle, Schaff und die Kollegin Frei, Knoke, Jell, zu Kassierern die Kolll. Geisler und Kening; Beisitzer wurden die Kolll. der Außengruppe Hermann in Wangen, Giselle in Esslingen, Roth und die Kolleginnen Schöffel und Perre. — Der Ortsbeitrag wurde von 5 Pf. auf 10 Pf. erhöht. Für diesen Beitrag erhält jedes Mitglied die „Graphischen Stimmen“.

Literatur — Eingänge

Kleines politisches Wörterbuch. Von Dr. Max Silberstein. Preis 30 Pf. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Ein geistvolles Wörterbuch liegt vor. Es ist ein politisches Konversationslexikon im Kleinen. Die gebildeten Kreise des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens werden in knapper, klarer Form, aber dennoch erschöpfend, erklärt. Jeder irrtümliche im öffentlichen Leben Erwerb wird das gebirgten Schriftlichen mit größtem Nutzen verwendet. Besser als manche bürde orientiert es über und vollständig über Sinn und Inhalt auf den Gebieten von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gebrauchten Wörter und Begriffe. Jeder Gewerkschaftler kann die Anschaffung des Bändchens empfehlen.

Wirtschaftskritik und Sozialpolitik. Von Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Preis 0,40 M. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

In der Schrift werden die wichtigsten Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik behandelt. Hier spricht ein Fachmann, ein Freund der Arbeiterbewegung insbesondere über die nicht unbedeutende Frage, ob und wie weit das arme deutsche Volk noch Sozialpolitik tragen kann. Aus den Darlegungen Dr. Brauns spricht ein warmes, lautes Gemüthsgefühl, die tiefen Sorgen und ein hohes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volkstum. Gerade wie als christlich-nationale Arbeitnehmer haben ein besonderes Interesse daran, aus diesem Werke Nutzen über die schwierigen Gegenwärtigen zu erhalten.

Briefkasten

Es ist in der 2. Es wird schon werden. Vergleichen Sie stets den geordneten Bericht mit Jorez in Verbindung. Dann werden Sie erkennen, wie weit das arme deutsche Volk noch Sozialpolitik tragen kann. Aus den Darlegungen Dr. Brauns spricht ein warmes, lautes Gemüthsgefühl, die tiefen Sorgen und ein hohes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volkstum. Gerade wie als christlich-nationale Arbeitnehmer haben ein besonderes Interesse daran, aus diesem Werke Nutzen über die schwierigen Gegenwärtigen zu erhalten.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.
Geschäftsstelle: Bismarckstr. 9, Fernspr. Rheinland 2686
Postfachkonto: Köln 15171

Abrechnungen vom 1. Vierteljahr bis 31. April fanden ein Kempten, Dinkelsbühl, Reheim, St. Ingbert, Waldbrunn, Gumbinnen, Danzig, Eisleben, Korbhorn, Duerkath, Bonn II, Saarbrücken, Ulm, Nordhorn, Kaiserslautern.

Die Organisationsbeiträge ab erste Beitragswoche 1924 betragen in der A-Klasse 55 Pf., 1. Klasse 50 Pf., 2. Klasse 40 Pf., 3. Klasse 30 Pf., 4. Klasse 25 Pf., 5. Klasse 20 Pf., 6. Klasse 15 Pf., 7. Klasse 10 Pf. Beitragsklasse 5 Pf. Aufnahmegebühr für Personen über 18 Jahre 40 Pf., für Personen unter 18 Jahre 20 Pf. Kolleginnen und Kollegen, entrichtet eure Beiträge pünktlich und erleichtert dem Kassierer die Arbeit.

Jene Ortsgruppen und Einzelmitglieder, die die **Graphischen Stimmen**

für den Monat Mai noch nicht bei der Post bestellt haben, wollen dieses schnellig nachholen. Wer nach dem 25. April bestellt, muß ein erhöhtes Bezugsgehalt zahlen.

Bestellzettel für das Postamt

Wir bestellen Stück Graphische Stimmen, Berlin.

Name:

Adresse:

Die nächste Nummer der „Graphischen Stimmen“ erscheint am 3. Mai 1924. Beiträge für die Redaktion erbiten wir bis spätestens 26. April 1924